

Undemokratisches Gebaren der SVP

Zum Artikel «Antrag auf hohe Steuersenkung im Hauptort»

Es war nur eine Frage der Zeit, bis die SVP der Gemeinde Schwyz die unsägliche Steilvorlage des Regierungsrats aufnimmt und auf Steuersenkung pocht. Bereits im Juni ortete der parteieigene Finanzdirektor «grosses Potenzial für deutliche Steuerfussenkungen auf breiter Front». Und rechnete gleich vor, um wie viel Gemeinden und Bezirke ihre Steuern senken könnten.

Angesichts anstehender wegweisender Projekte sowie der Schuldenlast erachte ich Steuergeschenke nicht als sinnvoll. Effektiv davon profitieren würde nur ein kleiner Teil der Bevölkerung. Allen anderen fressen die

steigenden Wohnkosten das Steuergeschenk wohl innert Monatsfrist weg.

Von neuen Bushöfen, mehr Schulanlagen, Sportanlagen oder Spielplätzen würde die ganze Bevölkerung profitieren. Doch mit einer derartigen Steuersenkung laufen wir Gefahr, dass wichtige Projekte mit Verweis auf die Finanzen weiter aufgeschoben werden – siehe Gemeindegärtnerei oder Sanierung der Strehlgasse.

Noch stossender an der Ankündigung der SVP der Gemeinde Schwyz ist der Ton. «Als verantwortungsvollen Kompromiss beantragen wir eine Steuerfussenkung von 40 Prozent auf neu 125 Prozent einer Einheit», schreibt sie. «Wir unterstreichen, dass wir diesen Kompromiss wohlüberlegt

haben und damit allen Beteiligten entgegenkommen.» Wem? Haben andere eine Steuererhöhung gefordert?

Das Gebaren der SVP erinnert mehr an Feudalismus als an Demokratie. Müssen wir uns jetzt sogar noch dankbar zeigen, dass die Partei nicht noch mehr fordert? Man suche schliesslich nicht Konfrontation, sondern den besten Kompromiss, schreibt die Partei. Nein, liebe SVP, ein einseitiger Vorschlag, und das ist euer Antrag zur Steuersenkung, ist noch lange kein Kompromiss, nicht mal ein fauler, sondern einfach eine Forderung. Eine, der wir definitiv nicht nachkommen sollten.

Andreas Oppliger, Schwyz

Falschmeldungen zu Corona

Zum Artikel «Eingesperrt im Alters- und Pflegeheim»

Immer noch verbreiten die staatsnahen Medien wie auch der «Bote der Urschweiz» die Panikmache vom brandgefährlichen Coronavirus, ohne sich um die Fakten zu kümmern. Von Anfang an war klar, dass die Sterblichkeitsrate beim sogenannten «neuen» Coronavirus (Coronaviren kennt man schon seit Jahrzehnten, und sie mutieren immer) im Rahmen einer mittelschweren Grippewelle liegen wird. Dies hat sich über die von den Medien mit erschaffenen Pandemiejahre

erwiesen, aber die Medien verbreiten heute noch liebend gerne Falschmeldungen wie im genannten Artikel auch wieder.

Bruno Knellwolf schreibt, die Intensivstationen seien voll mit Menschen gewesen. Mitte April 2020 meldete das BAG, dass 730 der 1550 Intensivbetten in der Schweiz leer stehen. Weitere Falschaussagen: Wegen der vielen Corona-Patienten hätten andere Behandlungen nicht durchgeführt werden können. Andere Behandlungen wurden von den Behörden verboten, und Ärzte und Pflegepersonal wurde auf Kurzarbeit gesetzt. Ja,

es kam zu Schulschliessungen, die auch der Bundesrat inzwischen als falsche Entscheidung einstuft.

Das schreiben natürlich die staatsnahen Medien nicht, sie wollen ja die Panikmache hochhalten: Angst verkauft sich gut, und nur darum geht es den mit staatlichen Zwangsabgaben mitfinanzierten Medien. Ja, die alten Leute wurden jämmerlich eingesperrt. Hätten wir alle Medien im Februar 2020 eingesperrt: kaum jemand hätte etwas von der sogenannten Pandemie gemerkt.

Josef Ender, Ibach

Machen wir endlich vorwärts

Zur Abstimmung über die BVG-Reform

Nein, der grosse Wurf ist der nun dritte Anlauf für eine BVG-Reform, über den wir am 22. September abstimmen, nicht. Aber es ist zumindest mal ein Anfang. Es ist eine komplexe Vorlage.

Der Wirrwar an Zahlen, der von allen Seiten auf uns Stimmbürgerinnen und Stimmbürger einprasselt, trägt auch nicht wirklich dazu bei, Licht ins Dunkel zu bringen. Für mich zählen bei der Entscheidung folgende Argumente: Die Eintrittsschwelle beim BVG-Obligatorium wird gesenkt. Beim Koordinationsabzug gibt es einen Systemwechsel von einem fixen Frankenbetrag zu 20 Prozent des AHV-Lohns. Die beiden Massnah-

men verbessern die Vorsorgesituation vor allem für alle Teilzeit- und Mehrfachbeschäftigten sowie Beschäftigten mit kleinem Einkommen.

Das führt zu höheren Renten im Alter, und es profitieren vor allem Frauen. Die neue, vereinfachte Staffelung der Sparbeiträge für das Alterskapital wirkt sich für die Arbeitnehmenden über 55 Jahren positiv aus und erhöht die Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Und ja. Es gibt auch «Verlierer» bei der aktuellen Vorlage. Die Senkung des Umwandlungssatzes im BVG-Obligatorium kann für einen kleinen Teil der künftigen Renterinnen und Rentner zu leicht kleineren Renten führen. Für heute 50-Jährige plus wird das jedoch mit

grosszügigen Ausgleichszahlungen kompensiert.

Wie erwähnt: Die Reform ist nicht perfekt, aber sie deckt zumindest einen Teil der langjährigen Forderungen und verbessert unser System der Altersvorsorge nachhaltig. Sie bietet eine gute Basis, um weitere Forderungen und Verbesserungen anzugehen. Ändern wir nichts, geht die ganze Chose wieder von vorne los, und wir werden weiterhin die Ungerechtigkeiten zulasten der Jungen, der Teilzeit- und Mehrfachbeschäftigten und Beschäftigten mit kleinem Einkommen ertragen müssen. Wollen wir das oder machen wir endlich vorwärts?

Renata Stocker, Immensee

Biodiversität und Vetter(n)wirtschaft

Zur Abstimmung über die Biodiversitätsinitiative

Nach Elisabeth Vetter plaudert Bauernpräsident Markus Ritter Unmögliches zur Biodiversität. Demgegenüber schwatzt Frau Vetter über die gut bezahlten 350 Forscherinnen und Forscher, wie schlecht es um die Biodiversität steht.

Ich halte nichts von dieser grünen und linken Angst-Erweckung. Gigantische Windräder und PV-Anlagen auf Alpweiden breiten sich aus und beschädigen die Natur, was den Forschenden sicher auch aufgefallen ist. Wir wollen doch nicht in der Schweiz so weit kommen wie im Kongo, wo die Tiere besser geschützt sind als die Menschen. Der unsägliche EU-Green-Deal wird sich in Luft auflösen. Die EU fördert die Kernenergie, und Georgia Meloni, italienische Minister-

präsidentin, setzt sich auch für neue Kernkraftwerke ein, wie das unser Bundesrat Albert Rösti verantwortungsbewusst tut. Mitte-Präsident Gerhard Pfister wird sich bald von der Nibelungen-Treue gegenüber alt Bundesrätin Doris Leuthard, die uns das Energiedilemma eingebrockt hat, verabschieden.

Die bürgerliche Mehrheit wird unsere Energielandschaft mit Kernkraftwerken wieder vorwärtsbringen. Die Windräder und die Fotovoltaik in den Landschaften (sofern diese unsinnigerweise gebaut werden) werden abgebaut und entsorgt. Die Landschaften werden schöner, und die Biodiversität bessert sich. Zurück in die reale Vergangenheit – als grüner, linker Unfug – ist absurd. Irgendwann käme auch der Gedanke, Mammut- und Säbelzahniger anzusiedeln, begleitet von Pestbazillen und mehr.

Wehret den Anfängen, und stimmen Sie Nein zu diesem Biodiversitätsbazillus.

Eduard Keller, Goldau

Ihr Leserbrief

Der «Bote der Urschweiz» versteht sich als Forums-Zeitung, die den verschiedenen Meinungen und Ansichten zur Verfügung steht. Trotzdem gelten aber auch für Leserbriefe einige Regeln.

Ihr Leserbrief muss mit Name, Vorname, genauer Adresse und Telefonnummer über das Web-Formular auf bote.ch (Einsendungen) eingereicht werden, damit uns die Urheberschaft zweifelsfrei bekannt ist und Rückfragen möglich sind.

Milchstrasse leuchtet über der Rigi



Kürzlich fing «Bote»-Leser Daniel Weber dieses eindrückliche Bild des Nachthimmels vom Wildspitz-Gnipen aus mit seiner Kamera ein.

Bild: Daniel Weber

Heuchlerisch

Zum Leserbrief «Heuchlerisch» von Andy Tschümperlin

Andreas Tschümperlin, Sie schreiben das Wort «Heuchlerisch». Ich sehe keinen Zusammenhang mit dem Artikel. Sie schreiben gross von Zahlen: 10 800 Hektaren Kartoffeln. Wie viele Kartoffeln werden importiert? Oder: 225 000 Hektaren für Tierfutter. Sie schreiben auch von übersetzten Tierbeständen. Wenn es so wäre, warum wird dann so viel Fleisch aller Art täglich importiert? Und dass den Bauern 400 000 Hektaren Ackerfläche zur Verfügung stehen.

Wieso müssen wir dann täglich Lebensmittel einführen? Sie wissen, dass sich die Schweiz nicht mehr selber ernähren kann, mit bald 9 Millionen Einwohnern? Nein? Man würde merken, wenn alle Grenzen geschlossen würden, wie lange sich

Herr und Frau Schweizer noch ernähren könnten!

Meine ganz klare Meinung ist: Zuerst kommt der Mensch und dann die Biodiversität. Heuchlerischer sind vielleicht die, welche nicht viel oder kein Fleisch essen. Aber, so viel ich weiss, essen mehr Personen Fleisch, als jene, die kein Fleisch essen! Die Autobahnen sind ein notwendiges Übel, und Ackerland können wir nicht für die Biodiversität vergeuden. Das brauchen wir für die Nahrung, denn wir haben zu wenig Ackerland, um die «übersetzten Menschen» (um sie zu zitieren) zu ernähren!

Sie haben Ihre Meinung, und ich meine, das ist zu akzeptieren. Aber die Biodiversität ist nicht so wichtig wie die Ernährung des Schweizervolkes. Also Nein zur Biodiversitätsinitiative.

Pius Merz, Goldau

Eine Wundertüte

Zur Abstimmung über die Biodiversitätsinitiative

Die Biodiversitätsinitiative ist superschön verpackt mit allem Schnickschnack, was ein Päckli nur haben kann, besser gesagt ist sie eine Wundertüte. Alle meinen, es gehe da nur um die Blumenwiesen und die Bienen. Aber genauer hingeschaut, muss man mit grossem Erstaunen feststellen, dass die Baukultur inner- und ausserhalb der Bauzone massiv eingeschränkt und noch mehr geschützt werden soll.

«Was hat das mit Biodiversität zu tun?», frag' ich mich da. Sind sich hier alle Betroffenen wirklich bewusst, was das in der Umsetzung heissen wird? Massive und noch grössere Verzögerungen im Bauwesen, Einschränkungen bei Tourismus- und

Naherholungsgebieten, Nutzungseinschränkungen oder Verbote von erneuerbaren Energien beispielsweise bei der Wasserkraft sind da klar zu erwarten.

Dass nebenbei auch noch die Ideologie vertreten wird, 30 Prozent der Fläche in der Schweiz unter Schutz zu stellen, verleitet noch mehr zum Nein sagen. Wie gesagt, das schöne Päckli mit einem «Mäscheli» dran entpuppt sich als Abfallkübel und Fallstrick – nicht nur für die Land- und Alpwirtschaft, sondern für die ganze Gesellschaft, die Strom, Wohnraum und Naherholung braucht.

Auf diese Wundertüte mit all ihren Verboten und Vorschriften können wir gut verzichten – und getrost Nein sagen.

Martin Brun, Kantonsrat SVP, Sattel